

## Das entmündigte Volk

In der Frankfurter Allgemeine Zeitung erschien am 19.06.2010 ein Leitartikel mit dem Titel: „*Die politische Klasse muss die Notwendigkeit der Stabilisierung des Euro erklären*“<sup>1</sup>. Er beleuchtet eigentlich die Abgründe deutscher Politik in der Nachkriegs-Ära, wie es kein deutscher Dissident besser tun könnte, aber als Schlussfolgerung erteilt er den Rat, den Nationalstaat Deutschland aufzulösen und somit den Souverän – das Volk – zu entmündigen!

### Von Marie Ringel

Der Titel verrät, dass man in den Redaktionen der systemtragenden Medien in Deutschland die große Gefahr des inneren Fäulnisprozesses erkennt und fürchtet. Der Verfasser, Nikolas Busse, räumt ein, dass die Euro-Krise noch lange nicht vorüber und für die politische Klasse ein Problem ist, das sie lösen muss, wenn sie überleben will.

Busse sagt, dass man eine Gemeinschaftswährung nicht als Diktat eines Mitgliedslandes betreiben könne (etwa nach der Art, dass am deutschen Wesen die Welt genesen müsse) und meint wörtlich: „*da haben sich Politiker und Volk in Deutschland lange etwas vorgemacht*“. Demnach also wären die Deutschen an der Euro-Krise schuld, weil sie ihre Vorstellungen einer stabilen Geldpolitik in die gemeinsame Euro-Währung eingebracht und durchgesetzt haben. Man hat also zu hohe Erwartungen an die anderen Länder gestellt.

Doch war nicht gerade die Stabilitätsforderung die Voraussetzung dafür, dass die Deutschen die eigene bewährte DM-Währung aufgaben? Haben die Politiker dem Volk nicht eingeredet, dass der Euro genauso stabil sein werde wie die DM? Und überhaupt ist die Behauptung, dass *sich Politiker und Volk lange etwas vorgemacht haben*, eine ganz offenkundige Lüge, denn nicht das Volks hat sich da etwas vorgemacht, sondern die Politiker haben dem Volk etwas vorgemacht, was sie gar nicht einhalten konnten, wie sich heute zeigt!

Als nächstes beschuldigt Nicolas Busse die Bundesregierung, dass sie ihre Rettungspolitik für den Euro in der Öffentlichkeit so schlecht erklärt: Die Kanzlerin „*hat es nicht geschafft, dem Volk in klarer und verständlicher Sprache darzulegen, dass sie letztlich keine andere Wahl hatte*“. Doch die Kanzlerin und ihr Finanzminister hatten wiederholt in der Öffentlichkeit erklärt, dass ihre Entscheidung alternativlos sei! Diese Behauptung gilt aber nur unter der Prämisse „den Euro zur retten, koste es was es wolle“. Und damit sind wir am Kern des Problems!

Wer behauptet, dass es zur Rettung des Euro keine Alternative gibt, der müsste auch erklären, warum der Euro für ihn so wichtig ist, dass er ihn unter allen Umständen retten muss. Mit welcher Begründung kann der Autor der Kanzlerin unter die Arme greifen?

Er sagt: „*Die Wahrheit ist, dass die Deutschen ihr Schicksal, und zwar nicht nur in der Währungspolitik, schon seit sehr langer Zeit mit dem der anderen Nationen in Europa verknüpft haben*“. Doch was heißt hier die Deutschen? Es waren ihre Politiker, die das getan haben. Und was heißt in diesem Zusammenhang „*schon seit langer Zeit mit dem Schicksal anderer Nationen verknüpft*“? Eine Schicksalsgemeinschaft bilden alle Völker der Erde. Diese Gemeinschaft ist zwischen Nachbarvölkern größer als zwischen Völkern und Staaten, die regional weit voneinander entfernt liegen. Die Völker Europas bilden seit

---

<sup>1</sup> Nikolas Busse in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.06.2010 Seite 1.

über 2000 Jahren eine Schicksalsgemeinschaft. Man denke nur an die Hunnen-Einfälle, die Überfälle der Ungarn, die Mongolen-Kriege und die Abwehr der Türken!

Schicksalsgemeinschaft ist etwas ganz anderes als eine politische Union! Wenn ein Staat eine politische Union eingeht, genauer gesagt, wenn die Regierung eines Staates eine solche Union eingeht und Teile seiner Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen abgibt – wie das die EU-Behörden sind – dann müsste in einer Demokratie das Volk befragt werden, denn das Volk ist der Souverän, der seine Rechte aufgibt. Diese Befragung ist in Deutschland nicht erfolgt. Die Politiker haben über die Rechte des Volkes verfügt – so wie weiland in den vergangenen Jahrhunderten die Könige und Fürsten! Waren die demokratischen Revolutionen der jüngsten Zeitgeschichte umsonst?

Wie gehen die Politiker und die meinungsmachenden Medien mit dem Faktum um, dass das Deutsche Volk von seinen Politikern entmachtet worden ist? Gar nicht! Sie stellen nur lapidar fest, dass es eine klassische Souveränität, verstanden als nationale Handlungsfreiheit, in einer Währungsunion nicht mehr gibt. Basta! Keine Rechtfertigung, nur eine trockene und nachträgliche Feststellung. Und wie sieht das das Bundesverfassungsgericht? Die de facto Aufgabe der Souveränität kümmert es gar nicht. Es würde erst dann einschreiten, wenn nach der de facto Aufgabe der Souveränitätsrechte diese auch de jure aufgegeben würden, wenn also aus der Union ein europäischer Einheitsstaat würde. Diesen Formfehler wird die Politik aber sicherlich nicht begehen.

So wie die Euro-Länder faktisch ihre eigenen Verträge brechen (Verbot der Haftung für die Staatsschulden anderer Länder im Maastricht-Abkommen), so hat die politische Klasse die Verfassung (das Grundgesetz) gebrochen. In beiden Fällen hat dies keine juristischen Konsequenzen. Die Deutschen hatten keine Möglichkeit, den Verfassungsbruch zu verhindern. Die Verhinderung eines kalten Staatsstreichs von oben ist im Grundgesetz nicht vorgesehen. Und das Volk muss sich zu seinem Schaden auch noch den Spott gefallen lassen, den Nikolas Busse mit ersichtlicher Genugtuung von sich gibt, wenn er sagt, dass es ja die Deutschen selbst waren, die drei Generationen lang solche Politiker gewählt haben, die sich für einen weitgehenden Kompetenztransfer nach Brüssel eingesetzt haben.

Damit bewahrheitet sich wieder einmal die Erkenntnis: „Die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“.